

Druck und Verlag
von F. Chr. Sommer,
Hed Guds und Diez.

Diezer Zeitung

(Preis-Anzeiger.)

(Zahn=Note.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Einzelnm.

Die einseitige Beile 40 5.
Haut. Beile. Versteig. 60 5.
Refinanzteile 150 5.

Wissensgebiete:

Diez, Hofenstraße 36.

Feinsprecher Nr. 17.

Verantwortlich für die

Schriftleitung:

Richard Stein, Bob Green

verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

21r 73

Die, Mittwoch, den 31. März 1920

26. Jahrgang.

Reichsfanzler Müller's Programmrede.

Haus und Tribüne sind stark besetzt. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung mit dem Ausdruck herzlichsten Dankes an die Stadt Stuttgart für die so freundliche Aufnahme, die die Nationalversammlung dort am 18. März gefunden hat.

Der Oberreichsanwalt sucht die Genehmigung der Nationalversammlung zur Einleitung eines Strafverfahrens und zur Verhaftung des Abg. Traub nach. Das Schreiben geht an den Geschäftsordnungsausschuß. Hierin' ergeht das Wort

Reichsfanzler Müller. Er führte in seiner vielfach von Beifall begleiteten Rede aus: Nachdem am 28. März der Austritt des Kabinetts erfolgt war, hat der Reichspräsident mit mir der Neubildung beauftragt. Ich habe nun die Ehre, diesem Hohen Hause die neue Regierung vorzustellen. Sie wird getragen von den gleichen Parteien, die seit Zusammentritt der Nationalversammlung sich zu einer Koalition vereinigt haben. Wir halten diese Koalition für den einzig tragfähigen Boden einer deutschen Politik. (Sehr wahr! links.) An ihrer Erhaltung ist das ganze Volk jetzt und in der Zukunft interessiert. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Der Reichsfanzler verliest die neue Ministerliste. Das Ministerium für den Wiederaufbau wird in den nächsten Tagen besetzt werden. Meinem verdienstvollen Vorgänger und dessen Kabinett spreche ich für die reifste Eingabe für das Wohl des Volkes herzlichsten Dank aus. (Beifall.) Die vornehmste Pflicht der neuen Regierung wird es sein, in den Bahnen der Demokratie, die sie im Kampfe gegen reaktionäre Putzsch und Militärdiktatur als höchste Gewalt in Deutschland erwiesen hat, zu wandeln und die Demokratie noch fester in die Einrichtungen der Republik einzufügen. (Beifall.) Wer mit Kapp und Genossen bei den Behörden und in der Reichswehr gemeinsame Sache gemacht hat, muß verschwinden. Die Demokratisierung der Verwaltung unter voller Wahrung der Rechte der versorgungstreuen Beamten und Auflösung der ungetreuen Herresformationen und an deren Stelle Schaffung neuer Verbände, die als wahrgenahmte, keine Stände ausschließende Volkswehr bezeichnet werden können, alles dieses unter Beteiligung der Organisationen der schaffenden Stände muß unsere große bald zu lösende Aufgabe sein. Daneben muß das Werk der wirtschaftlichen Demokratie zu Ende geführt werden. Die Vorlage über den protohischen Reichswirtschaftsrat ist der Nationalversammlung zugegangen. Auf dieser Grundlage wird der endgültige Reichswirtschaftsrat mit seinen Untereinheiten aufgebaut werden. Ein entsprechender Entwurf ist dem Abschluß nahe. Der Forderung der sozialen Gesegebung ist dringend geboten. Das Versorgungsgesetz für die Kriegseingeschlagenen und Hinterbliebenen, auf das die Öffentlichkeit jetzt mit Spannung wartet, ist fertiggestellt worden. Für die für Arbeiter u. Angestellte wird geschaffen, indem das Arbeiter- und Beamtenrecht schleunigst durchgeführt wird. Berufsreform und Beamtenbesoldungsreformen müssen alsbald ihren gesetzlichen Ausdruck finden. Zur Sozialisierung selbst gewordene Betriebe sind vom Reich oder Gemeindeverwaltung zu übernehmen. Ramentlich sind die Bergwerke der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen oder in öffentliche Bewirtschaftung zu übernehmen. Der nächste Schritt wird die Übernahme des Kohlen- und Aufschubstoffes durch das Reich sein. Eine bedeutendere Förderung der landwirtschaftlichen Produktion durch Beförderung mit Düngemitteln, die rasche Erfassung der Lebensmittel ist notwendig. Auch für die Landwirtschaft muß die Parole sein: Arbeit und mit den anderen Erwerbsständen.

für Schieber und Bächerer ist in der deutschen Republik kein Platz. Die neue Regierung übernimmt damit das Programm der alten. Die Regierung hofft, daß dieses wichtige und umfangreiche Arbeitsprogramm bald erledigt werden kann. Trotzdem wird die Arbeit der Nationalversammlung fröhlich abgebrochen werden müssen, weil die Verodierung nach dem Staatsstreich der Kopfhängigkeit einer halbigen Abrechnung durch Wähler haben will. Logale Durchführung des Friedensvertrages, Soma sang einer Atmosphäre des Vertrauens, der Gemeinschaftlichkeit der Völker, Veranholung aller Hilfskräfte und endgültiger Bruch mit allen Kriegsanfängerungen in der Politik ist unsere Aufgabe. (Beifall.) Außenpolitisch bleibt unser Kurs der alle (Zustimmung), weil er sich bewährt hat. Wäre der Frieden von Versailles anders gewesen, den Grundfragen entsprechend, für die die Völker der Entente gegen Deutschland in den Krieg geführt wurden, wäre dem deutschen Volke nicht nach dem Waffenstillstand unter Kriegsverbrechern Almen schier unumgänglich gemacht worden, so wäre die Zahl derer, die sich von Klapp und Knosfen verführen ließen, weit geringer gewesen. Die deutsche Regierung ist seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages eifrig bemüht gewesen, alles zu erfüllen, was überhaupt in ihrer Macht stand. Im übrigen ist ein Zusammenarbeiten Frankreichs und Deutschlands auf wirtschaftlichem Gebiet unbedingt geboten, wenn nicht Deutschland wirtschaftlich und finanziell verbluten soll, was den Ruin der anderen Völker Europas mit zur Folge hätte. Allseits verlangt Gerechtigkeit. Die Gerechtigkeit gebietet mir zu sagen, daß die ousichen Lebensinteressen nicht immer berücksichtigt sind, wo sie mit denen Frankreichs identisch waren. Daffür ein Beispiel aus der letzten Zeit: Die Reichsregierung verhandelte seit einigen Tagen mit den alliierten Regierungen, um für den Notfall eine starke Truppenmacht, ganz vorübergehend, in dem Ruhrgebiet einzusetzen. Nun will die Entente unseren Wunsch nur dann erfüllen, wenn entsprechend andere alliierte Truppen an anderer Stelle einrücken dürfen. Sie verlangt die Bewegung von Frankfurt, Gomburg, Darmstadt, Dieburg, was (Beifall.)

Girtruden auf etwa 20 Kilometer in die neutrale Zone bedeuten würde. Die deutsche Regierung muß das natürlich zurückweisen. Wir denken nicht daran, die neutrale Zone der Okkupation auszuweichen. Dabei war der Antrag der deutschen Regierung von der Sorge diktiert, daß durch die Entwicklung im Ruhegebiet die Erfüllung der wirtschaftlichen Forderungen des Friedensvertrages ernstlich gefährdet werden könnte, an denen Frankreich wegen der Kohlenlieferung ein besonderes Interesse hat. Man sollte doch endlich auch in Frankreich einsehen, daß die Arbeit, die wir leisten, im Interesse der europäischen Demokratie geschieht wird, denn die Auflösung der staatlichen Ordnung in irgendeinem Teile Mitteleuropas bringt schwere Gefahren für alle übrigen Teile mit sich. Jeder von uns ist von dem Gedanken befeelt, alles dazuzusetzen, um unser Volk aus dem großen Niederkampf zu retten, jeder von uns in Nord und Süd, in Ost und West unseres schwer geprüften Vaterlandes. Ich versichere, im Rahmen der deutschen Republik ist kein Platz für eine Diktatur, komme sie, woher sie wolle. Unser Glaube an bessere Zeiten ist verstärkt worden durch das Bekenntnis unserer Volksgenossen in Hienzburg und Schleswig. Vorbildlich hat das deutsche Volk dort seine Pflicht getan. Das wird seine Wirkung auf die anderen Abstammungsgebiete nicht verfehlen. Das deutsche Volk sieht mit Spannung und Zuversicht auf diese Abstammungsgebiete. Es ist sich der schwierigen Lage der dortigen Volksgenossen bewußt, aber ihr bisheriges Verhalten hat bewiesen, daß wir mit vollem Vertrauen dem Tage der Abstimmlung entgegengehen können. Gerne schließe ich mich den Dankesworten an, die mein Amtsvorgänger in Stuttgart den verfassungstreuen Beamten und Truppenteilen gewidmet hat. In der äußeren Politik muß alles geschehen, um dem deutschen Volke sein Recht in der Welt zu wahren. Für unsere Arbeiten bitten wir um Ihr Vertrauen.

Wir können aber nicht an die Arbeit gehen, ohne Abrechnung mit der letzten Vergangenheit gehalten zu haben. Wir haben ein Verbrechen am Deutschen Reiche nach am Baetlande erlebt, das ohnegleichen ist. Dummheit und Brutalität hatten sich verbündet, um das Recht zu brechen. Unsere heiligste Aufgabe ist es, die Schuldigen und Mitschuldigen an diesem Verbrechen festzustellen. Die Gerechtigkeit ist bereits am Werke, die Hochverräter der Verfassung zuzuführen. Die Stunde ist gekommen, um nachzuweisen, wie weit die Schuld auf Seiten der Reichsregierung gewesen ist. Weder die Deutsche Volkspartei noch die Deutschnationale Partei hat in einer amüßigen Stellungnahme auch nur ein Wort der Verurteilung für den Putz gefunden. (Unruhe rechts.) Der Mehrheit wurde Verfassungsbruch vorgeworfen, weil sie die Wahlen hinausgeschögert hatte. Ich frage vor aller Welt, ich frage die Urheber dieser Kundgebung selbst: Gibt es eine größere Heuchelei, kann man mit brutalerer Gewalt einen Verfassungsbruch begehen und dabei den Gegner eines angeblichen Verfassungsbruches beschuldigen, weil man mit dem Wahltermin nicht einverstanden ist. Das Volk wird richten. Der Generalkreis hat bereits die Unwahrheit der demagogischen Behauptung nachgewiesen, als ob die Regierung das Volk durch irgendwelche Maßnahmen gegen sich aufgedrückt habe. Wo war denn das Volk des Kappregimes, wo waren die Massen, die den Hochverrättern begeistert zugestimmt haben? An der Tatsache ist nicht zu zweifeln, bis heute haben die Deutschnationalen noch kein verurteilendes Wort gefunden. Aus ihren Reihen stammen sämtliche Hochverräter. Der deutschnationale Landesverband von Mittelsachsen hat es mit großer Befriedigung begrüßt, daß die Justiz ihren Erfolg hatten, und gesagt: Wir setzten ihnen unser vollstes Vertrauen entgegen und sind überzeugt davon, daß die neue Regierung den richtigen Weg eingeschlagen hat. Graf Posadowski und andere stehen sicher auf dem Boden der Verurteilung dieser Gewalttat, aber die Schuld an dem Putz können die Rechtsparteien nicht von sich abwälzen. Ich klage sie im Namen der Mehrheit anderer Völker an, für Deutschland zum zweiten Male den Krieg verloren zu haben und allein schuld zu sein an allem Blut und allen Trümmern, die heute Deutschland wieder verunstalten. Der Putz wurde begründet mit der Forderung nach Neuwahlen, der Wahl des Präsidenten durch das Volk und der Forderung nach Sachministern. (Widerspruch. Lärm. Zuruf: Erzberger!) Das sind Forderungen, die gar nicht im Verhältnis zu den verbrecherischen Mitteln stehen. Die urteilslose, chauvinistisch verengte Jugend hebte der neuen Regierung zu, die nach Auflösung, sondern Aufrüstung des Militärs, die Verwicklung des Reiches in den Weltkrieg forderte. Der Sinn des Kapp-Putsches war Revanche. Wir haben ihm das Schwert aus der Hand geschlagen, aber tiefere Wunden hat uns der Generalkreis geschlagen. Der Tag der Wahl wird Ihnen (nach rechts) die endgültige Antwort geben. Mein Tschüßchen soll Ihnen reichlich werden.

Noch lange wird das deutsche Volk unter den Folgen des Militärputsches und des Generalsstreiks zu leiden haben. Noch ist nicht das ganze Land beruhigt. Die Anarchie von rechts ist im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in eine Anarchie von links umgeschlagen. Aber die Schnelle nach der Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen wächst unter den friedlichen Arbeitern und der Bürgerbevölkerung von Tag zu Tag. Das sagen uns Deputationen und Meldungen von dort, die aus allen politischen Parteien kommen. Der Redner heißt das Räuberwesen im Industriegebiet und fährt fort: Gegen Bese. stehen Heereshaufen, gegen die verfassungstreue Truppen geführt werden. Das sind Zustände, die nicht länger geduldet werden dürfen. Die Anarchisten von links müssen mit dem

selben Maß gemessen werden wie die Anarchisten von rechts. Die Vorbereitungen sind schon getroffen. Wir haben weder Lust noch Zeit, Siege zu feiern und die Hände in den Schoß zu legen, denn es bedrohen uns noch mannigfache Gefahren. Das einzig Gute, das der Sozialismus gebracht hat, ist, daß das Ausland die Überzeugung gewonnen hat, daß die Nationalisten und Militaristen endgültig abgewirtschaftet haben. Mit dem Bolschewismus macht man uns nicht bange. Wir sehnen ihn ab mit aller Entschiedenheit, mit aller Einmütigkeit. Wir werden ihn bekämpfen und alles tun, um ihn in Deutschland keinen Nährboden zu geben. Aber die nächste bedrohte Gefahr kommt von rechts. (Widerspruch.) Ich zweifle nicht daran, daß das Volk auf unsere Anklage hin ein gerechtes Urteil fällen wird. (Lebhafter Beifall, Zeichen rechts, wiederholter Beifall.)

Auf den Vorschlag des Präsidenten wird die Aussprache der Parteien über die Erklärung der neuen Regierung bis nach Erledigung der Tagesordnung verschoben.

Der Gezeigentourf wegen vorläufiger Regelung des Reichshaushaltes für 1920, der dritte Nachtrag zum Reichshaushaltsplan für 1919 und der Entwurf eines Beschlusses gehen ohne Erörterung an den Haushaltsausschuß.

Der Staatsvertrag über den Uebergang der Staatseisenbahn auf das Reich wird einem besonderen Ausschuss von 28 Mitgliedern, der Entwurf eines Reichsausgleichsgesetzes an den sechsten Ausschuss überwiesen.

Die Gesandtschaften über die Bestätigung der Reichsbank für 1919 und betr. das deutsch-französische Abkommen über den Kehler Hafen gelangen ohne Erörterung in allen drei Sitzungen durch ununterbrochene Annahme zur erledigung. Der Gesandtschaft wegen Aburteilung der Teilnehmer an dem hochverräterischen Unternehmen aus dem März 1920 und damit zusammenhängender Strafstaten durch die bürgerlichen Gerichte wird dem Versuchungsausschuß die Vorlage über ein Enteignungsrecht von Gemeinden bei Aufhebung oder Ermäßigung von Rabou, Anklagen dem Wohnungsausschuß überweisen.

Hierauf wird um 11,15 Uhr die Fortsetzung der Sitzung bis 1 Uhr verschoben.

Vertrauensvotum für das Reichskabinett.

Die Führer der drei Mehrheitsparteien, Vöb., Bayer und Trimborn, brachten am Schluß der Sitzung der Nationalversammlung für das neue Kabinett ein Vertrauensvotum ein. Der Antrag lautet: Die verfassunggebende Nationalversammlung billigt die Erklärung der Reichsregierung. Die Nationalversammlung beurteilt den gegen die Staatsordnung, das Staatswohl, die Verfassung und die Nationalversammlung gerichteten verbrecherischen Muth und die Anstifter und Helfershelfer des Staatseigenthums. Die Nationalversammlung spricht allen Theilen des Volkes, die durch ihren gemeinsamen Widerstand die Verfassung schützten, den Dank des Vaterlandes aus. — Der Antrag trägt die Unterschriften von 315 Mitgliedern der Nationalversammlung.

Wegen Raummangels müssen wir die Fortsetzung der Vormittagsitzung am Nachmittage, in der die Vertreter der verschiedenen Fraktionen sowie der neue Reichswehrminister Gessler und der neue Reichsjustizminister Dr. Klunz sprachten, morgen bringen, um unseren Lesern ein möglichst großes Bild von dieser bedeutungsvollen Sitzung zu geben.

Verfassungskrise in Dänemark.

Der König hat den Anwalt beim Höchsten Gericht, Lieber, mit der Bildung eines Geschäftsministeriums beauftragt. Verlingste Tibende veröffentlicht bereits die neue Ministerliste. Die radikale Partei veröffentlicht einen Aufruf, der sich gegen den Staatsstreich des Königs und die unverantwortliche Kamarrilla, die den König umgibt, wendet. — Um 1 Uhr versammelten sich etwa 1000 Personen vor der Wohnung Bagles und brachten ihm eine Sympathieumgebung dar. Inzwischen ist jedoch das Kabinett mit neuen Männern geschildet worden.

Die konservative Volkspartei des Reichstages, die Parteien der Linken, sowie Vertreter der Erwerbspartei, ein sozialistischer und ein radikaler Abgeordneter verlangen, daß die Regierung das Volkstsching auflöst, weil die seit Verhängung des Krieges von der Regierung versprochenen Maßnahmen noch nicht vorgenommen worden seien und weil man der Ansicht sei, daß die Regierung in der schließlichen Frage kein Mandat habe, um namens der Bevölkerung zu handeln.

Telephonisch wurde uns dazu gestern nachmittag gemeldet:

Aus Kopenhagen, 30. März. Der König hat das Ultimatum abgelehnt. Die sozialdemokratische Partei hat daraufhin den Generalsstreik für morgen früh proklamiert. Sie beabsichtigt, ein eigenes Kabinett zu bilden und den König und das Kabinett, das in seinem Auftrag gebildet wird, zum Rücktritt aufzufordern.

Die Vorstellung des neuen preussischen Cabinetts

Das neue begl. umgebildete preussische Kabinett wurde gestern (Dienstag) vom Ministerpräsidenten Braun in der preussischen Landesversammlung vorz. All. Nach Eröffnung der Sitzung erhielt der Ministerpräsident: das Wort um die programmatische Erklärung der neuen Regierung abzugeben. In seiner Rede ging Braun selbstverständlich

gehört ausschließlich auf die Ereignisse der letzten Zeit ein und wendet sich mit besonderer Schärfe gegen die Deutsch-nationalen.

Der Bürgerkrieg im Industrierevier.

Ausnahme des Ultimatums.

Am amtlichen Stelle in Berlin ist ein Telegramm des Vollzugsrats in Essen eingelaufen, nach dem dieser das Ultimatum annimmt, das die Regierung ihm gestellt hat und in dem ausdrücklich betont wird, daß sich auch die militärische Leitung der Roten Armee der Stellungnahme des Vollzugsrates in Essen anschließt.

Im Falle der Ablehnung des Ultimatums war ein konzentrischer Vormarsch der Reichswehrtruppen gegen die Ruhr vorgesehen. Er sollte gestern (Dienstag) nachmittags beginnen, da die Antwort bis 12 Uhr mittags gegeben sein sollte. Die sozialdemokratische Partei Elberfeld hat der Reichsregierung mitgeteilt, sie erkenne das Ultimatum der Reichsregierung vom 28. März nicht an.

Friede mit Amerika?

Im Hamburger Hafen wurde Montag Abend eifrig das Gerücht kolportiert, daß der Kapitän eines im Hafen liegenden ausländischen Dampfers ein drahtloses Telegramm aufgesangen habe, daß Montag mittags 12 Uhr in Washington der Sonderfriede mit Deutschland ratifiziert worden sei und daß der amerikanische Senat seine Einwilligung zu einem 4-Milliarden-Kredit gegeben habe.

Letzte Nachrichten.

Die Schlußsitzung der Nationalversammlung.

Mz Berlin, 31. März. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen gegen die Regierung abgelehnt und die Erklärung der Regierung gebilligt gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Unabhängigen. Dann wurde erledigt in allen drei Lesungen das Gesetz betreffend die vorläufige Reichswehr und die Reichsmarine, das Einkommensteuergesetz u. der Rotat, sowie der 3. Nachtrag für 1919. Das Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten wurde dem Verfassungsausschuß überwiesen, ebenso das Reichstagswahlgesetz. Der Gesetzentwurf betreffend die Aburteilung der hochverräterischen Unternehmungen im März 1920 wurde in 2. und 3. Lesung angenommen, und der Ausschussantrag auf Genehmigung der Verhaftung des Abg. Traub mit 145 gegen 71 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen angenommen. Daraufhin vertagte sich die Nationalversammlung auf Mittwoch, den 1. April.

Reichsratsbeschlüsse.

Mz Berlin, 30. März. In der öffentlichen Sitzung des Reichsrates vom Dienstag wurde unter anderem der Entwurf einer Verordnung über die Heraushebung des Grundlohnes, die Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung angenommen. Der Grundlohn soll künftig in den Grenzen von 15—20 Mark bewegen und die Versicherungspflicht auf ein Einkommen bis zu 12.000 Mark erweitert werden. Angenommen wurde ferner die Verordnung betreffend den Verkehr mit Zucker, wonach der Preis für den Zentner Zucker, der im Januar auf 101,60 Mark festgesetzt war, vom April ab auf 135 Mark erhöht wird, und der Gesetzentwurf über die Erhebung der Schaumweinsteuer.

Englischer Zug Ostende—Wien.

Mz Berlin, 30. März. Die britische Handelskammer in Wien teilt mit, daß die englische Regierung im Begriff sei, eine neue Zugverbindung Ostende—Brüssel—Köln—Frankfurt a. M.—München—Wien herzustellen. Die Züge sollen täglich verkehren, die Eröffnung des Verkehrs soll am 1. Mai, wenn möglich früher erfolgen.

Deutschland.

Das Tabaksteuergesetz tritt, wie das WZV. amtlich mitteilt, entgegen allen anderen Meldungen am 1. April in Kraft.

Die Ausländerverhaftungen in Berlin. Auf Anordnung des Oberbefehlshabers ist eine größere Anzahl Ausländer, die sich ohne Legitimation unangemeldet in Ost-Berlin aufhält, verhaftet worden. Die Maßnahmen waren schon seit längerer Zeit vorgesehen. Es handelt sich besonders um Verhaftungen von Waren- und Wirtshausbesitzern. Unter den Verhafteten befinden sich auch mehrere Personen, die wegen strafbarer Handlungen verfolgt werden oder bereits abgeurteilt bzw. ausgewiesen sind. Schließlich sind unter den Festgenommenen auch mehrere russische Offiziere, die aus dem ehemaligen Westrußland nach Deutschland gekommen sind und sich hier in durchwegs unzulässiger Weise betätigt haben. Die Festgenommenen, etwa 300 Personen, wurden, so weit sie nicht wieder entlassen werden konnten, in dem Barackenlager von Jochen untergebracht. — Nach der K. Z. wurde von der Reichsregierung sowohl wie von der preussischen Staatsregierung die schärfste Verurteilung des durchaus rüdenartigen und in keiner Weise zweckentsprechenden Vorgehens der Militärbehörden ausgesprochen. Der neue Staatskommissar zur Aufrechterhaltung der Ordnung, Staatsanwalt Weismann, hatte in diesem Sinne bereits dem Militärbehördenhelfer den Standpunkt der preussischen Staatsregierung dargelegt. Die vereinigten Arbeiterverbände aller Richtungen haben gegen die Verhaftungen, die ohne jedes Beweismaterial und jede vorherige Untersuchung willkürlich vorgenommen worden seien, Einspruch erhoben. Der bisherige Minister des Innern Heine, der zur Zeit der Razzia die Geschäfte noch weiterführte, legt Wert darauf, ausdrücklich zu erklären, daß seine Auffassung und seine Anordnungen im schärfsten Widerspruch zu diesen eigenmächtigen Maßnahmen des Militärs gestanden hätten.

Die Sozialisierungskommission. Vom Reichswirtschaftsministerium hört man, daß auf Grund des Abkommens vom 20. März über die sogenannten neuen Punkte, der Reichswirtschaftsminister den Sozialisierungsausschuß auf den 30. März nach Berlin einberufen hat. Man sieht auf Seiten der Regierung auch heute noch den Sozialisierungsausschuß lediglich als eine wissenschaftliche Instanz an, die der Regierung bei der Lösung der wirtschaftlichen Probleme an die Hand gehen soll. Es ist allerdings bereits der Plan erwogen worden, dem Sozialisierungsausschuß eine gewisse Grundlage zu schaffen. Das Wirtschaftsministerium bearbeitet gegenwärtig einen derartigen Gesetzentwurf. In ihm soll vor allem die Möglichkeit gegeben werden, daß der Sozialisierungsausschuß das

Recht bekommt, Sachverständige unter dem Zeugeneid zu vernehmen. Bei der Sitzung, die auf den 30. März festgesetzt ist, sollen auch Angehörige der Gewerkschaften zugezogen werden, damit man sich über ein gemeinsames Arbeitsprogramm, welches die Durchführung der neuen Punkte zum Ziele hat, einigen kann.

Die Regelung der Einfuhr. Der Reichswirtschaftsminister hat über die Regelung der Einfuhr folgendes verordnet: Wer Waren ohne Bewilligung einführt oder den Bedingungen, an welche die Bewilligung geknüpft wurde, zuwider handelt, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat, beim Fehlen mildernder Umstände mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Neben der Gefängnisstrafe ist auf Geldstrafe zu erkennen, die mindestens dem dreifachen Wert der Ware, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, gleichkommen muß. Ist der Wert nicht zu ermitteln, so ist auf Geldstrafe bis zu 500.000 Mark zu erkennen. Waren, die ohne die vorgeschriebene Bewilligung eingeführt werden oder bereits eingeführt sind, aber hinsichtlich deren an die Bewilligung geknüpften Bedingungen zuwider gehandelt ist, sind ohne Rücksicht auf das Vorliegen einer strafbaren Handlung zugunsten des Reiches ohne Entgelt für verfallen zu erklären. Besteht der Eigentümer der Ware nach, daß diese bereits vor dem 6. Februar 1920 eingeführt war, so unterliegt sie nicht den vorerwähnten Bestimmungen, falls die Freigabe bei der zuständigen Stelle innerhalb der vom Reichswirtschaftsminister zu bestimmenden Frist nachgefordert wird, und die Ware nicht bereits vor der Freigabe für verfallen erklärt ist.

Der Vertrag. Die Erhöhung der Posttarife erfolgt nicht zum 1. April, sondern ist erst für später in Aussicht genommen. Das Reichspostministerium wird die entsprechende Vorlage erst nach Öffnung der Nationalversammlung zugehen lassen.

Die Preussische Landesversammlung hält ihre Sitzung heute, Dienstag, ab, wo zunächst Präsident Heinemann das neue Kabinett proklamieren wird. Auf der Tagesordnung der Dienstagsitzung wird dann auch die Angelegenheit des deutschnationalen Abgeordneten von Kessel stehen, gegen den der Staatsanwalt ein Strafverfahren eingeleitet hat wegen der Beteiligung am Kapp-Putsch. Der Kessel wurde durch Kapp zum Oberpräsidenten ernannt. Er hat als solcher verschiedene Veröffentlichungen im Sinne der Kapp-Regierung herausgegeben. Man muß heute bereits annehmen, daß in diesem Zusammenhang sich eine große politische Debatte entspinnen wird.

Valuta und Teuerung.

Die Kaufkraft der Mark ist, wie bekannt, nicht so rasch gesunken, wie ihr Preis im Ausland; der Anverkauf Deutschlands und die große Zahl von Ausländern, die von uns unsere knappen Lebensmitteln mitnehmen, bezeugen es täglich. Aber in den letzten Monaten beginnt sich der Kurs der Mark rascher zu vollziehen, die Teuerung schreitet mit beschleunigten Schritten vorwärts. Nach den Berechnungen Richard Calwers, die sich auf die dreifachen Kosten der Wocheneinkauf eines deutschen Marineoffiziers in rund 20. deutschen Orten stützen, haben sich im Januar der Jahre 1914 bis 1920 die Indexziffern wie folgt entwickelt (wobei nur dem Reichsdurchschnitt einige besonders teure und billige Posten gegenübergestellt):

	Januar 1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
Deutsches Reich	25,57	29,55	41,26	63,67	56,50	63,75	129,65
Berlin und Vororte	24,57	30,05	45,84	62,71	57,56	65,94	160,56
Hannover	25,17	29,53	40,72	61,99	52,36	58,62	107,46
Münster	26,11	29,51	40,69	65,43	58,02	64,12	119,88
Hessen-Nassau	24,83	28,87	39,89	55,54	58,86	65,50	149,47
Brandenburg	26,83	30,94	42,22	69,21	61,20	67,25	143,45
Bayern	25,78	27,37	37,09	50,01	53,90	60,14	110,15
Württemberg	25,27	27,31	36,52	45,09	48,07	52,96	103,29
Ostpreußen	26,43	30,25	40,21	61,18	54,71	61,95	132,30
Mecklenburg-Schwerin	24,70	27,35	34,43	56,38	55,80	62,82	97,36
Oldenburg	38,98	28,6	38,34	63,71	54,91	65,07	105,48

Dieser handelt es sich natürlich nur um den nackten Lebensbedarf eines Soldaten, der nicht aufhört, von rationierten Waren zu verbrauchen, und um Durchschnittsziffern von Stadt und Land; der Großstadtbewohner leidet die Teuerung von noch ganz andern Seiten her. Und doch sind auch in ihrer statistischen Unvollkommenheit diese Zahlen schon der Spiegel einer unheimlichen Entwicklung, deren Ende noch niemand abseht. In ihrer vollen Schärfe wird die Teuerung ja erst dann auftreten, wenn die Güter aus der alten Zeit verbrannt sind und ersetzt werden müssen. Was bis jetzt davon der einzelne am eigenen Leibe verspürt, wenn er etwa Kleider und Wäsche oder auch nur einen einzigen Haushaltgegenstand anschafft, ist erst bescheidene Ahnung einer unbeschreiblichen Zukunft. Aus der obigen Tabelle geht aber auch ein mit erschreckender Deutlichkeit hervor: Der Einfluß der Valuta auf die Lebensverhältnisse im besetzten Gebiete. Hessen-Nassau, das früher billiger war als der Reichsdurchschnitt, steht heute an zweiter Stelle — nur Berlin und seine Vororte sind noch teurer — und erheblich über dem Reichsdurchschnitt. Man vergleiche damit Mecklenburg-Schwerin. Das Leben in diesem Lande erfordert 1914 etwa dieselben Kosten. Und heute? Heute braucht man dort nur zwei Drittel von dem, was in Hessen-Nassau nötig ist. Ähnlich liegen die Verhältnisse für das Rheinland, in dem die Kosten der Lebenshaltung auch über dem Reichsdurchschnitt — an dritter Stelle der teuren Gegenden — stehen.

Neues aus aller Welt.

Zu einem Zusammenstoß kam es zwischen deutscher Gendarmerie und einem Transport von 15 polnischen Soldaten auf Bahnhof Hagenstein bei Dirschau, auf dem Gebiet der freistaat Danzig. Obwohl im Freistaatgebiet ausdrücklich ein Waffenverbot für polnische Soldaten besteht, ging der Offizier mit seinen Mannschaften aus dem Transportwagen in die Warierskame. Ein Gendarm wurde schwer verletzt und soll gestorben sein; von den Polen wurde je 2 Mann getötet und schwer verletzt.

Koske verteidigt seine Politik in einer Kritikreise im Vorwärts.

Ausfuhrfirmen in Pernambuco wurde von der brasilianischen Regierung die Erlaubnis erteilt, 2000 Säcke Zucker nach Europa zu versenden.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

Der Gewerbeverein für Nassau hält seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung am 30. April in Limburg. (V. M. K. Post) ab. Tagesvor (19. April) versammelt sich der Zentralvorstand zu einer Sitzung im Rathaus. Am Abend des 19. April veranstaltet der Gewerbeverein eine gesellige Zusammenkunft im evangelischen Gemeindehause.

Jugendwandern. Das Jugend- und Schülerherbergswesen hat seit der Gründung des „Zweigvereins für deutsche Schülerherbergen Main, Lahn, Fulda“ in den

verschiedenen Teilen der uns umgebenden Mittelgebirge überraschend schnelle Fortschritte gemacht. Dem Ausschuss schickten sich bis jetzt 106 Vereine, Städte und Abteilungen an. Die Reichsverbandsstelle steht den Arbeiten des Ausschusses sehr sympathisch gegenüber und will ihm je für die Einrichtung von Schülerherbergen eine große Anzahl Beiten zu sehr billigen Preisen überlassen. Wie hoch, soll das Main-Lahn-Fulda-Gebiet mit einem ganzen Netz von Schülerherbergen überzogen werden. Der Anfang dazu ist in vielen Städten bereits gemacht. Leider hat ein großartiger Plan infolge des unglücklichen Kriegsausganges nicht verwirklicht werden können. Ein Frankfurter Verein hatte nämlich für den Fall eines Sieges eine Million Mark bereit gestellt. Mit dieser Summe sollte von der Lahn bis zum St. Gotthard eine Kette von Herbergen — in Abständen von ca. 40 km. — für die wandernde deutsche Jugend errichtet werden.

Weglar, 30. März. Zur Bekämpfung der Wohnungsnot beschloß die Stadtverordnetenversammlung die Aufnahme einer Anleihe von 6,5 Millionen Mark.

Frankfurt a. M., 30. März. Einer ganz raffinierten Fälscherei hat endlich die Kriminalpolizei das Handwerk gelegt. Am 1. Okt. 1919 trat die 20jährige Schlosserfrau Sibylla Duforn als Buchhalterin in ein Geschäft ein und fälschte schon am ersten Tage einen Scheck über 6500 Mark nach drei Tagen hatte sie bereits 15.000 Mark unterschlagen, jetzt nach fünf Monaten belief sich die Summe auf 187.000 Mark. Die Unterschlagungen bemäntelte die Frau durch verschiedene Buchführung. Mit dem Gelde kaufte sie sich eine hochherrschaftliche Wohnungseinrichtung; auch noch war sie Freunden gegenüber sehr freigiebig. Einem Freunde z. B. schenkte sie ein Paar Schuhe, einem andern gab sie 34.000 Mark zu einer Geschäftsgründung. Der Gemann will von dem Treiben seiner — beherren Hälfte nichts gewußt haben. Er und der Freund mit den 34.000 Mark wurden gestern nachmittag ebenfalls verhaftet. — An der Emser Straße wurde heute mittags eine große mit Barben und Stacheldraht gefüllte Lagerhalle durch Großfeuer vernichtet. Der Schaden ist sehr bedeutend. — Im Hauptbahnhof wurde der Schaffner Wilhelm Grimm von einem Zuge überfahren und getötet. — Im Güterbahnhof stehen beim Rangieren mehrere Wagen fest, solcher Festigkeit zusammen, daß dabei der 28jährige Ausfuhrschaffner Wilhelm Jenz aus Bidingen getötet und zwei weitere Schaffner verletzt wurden.

Frankfurt a. M., 29. März. Die Untersuchungen in der Beschussaffäre bei der hiesigen Munitionsfabrik Gebr. Heibelberger wurden in dem Feuerwerkslaboratorium Sieburg fortgesetzt und haben zur Aufdeckung weit schärferer Munitionsfabrikate geführt, an denen in erster Linie rheinische Firmen beteiligt sind. Die Staatsanwaltschaften Köln und Bonn haben auf Veranlassung der hiesigen Kriminalpolizei, die die Untersuchung seit langen Wochen führte, besonders gegen eine Firma in Siegen und die weitbekannte Firma Gebr. Schmidding in Aßlar Mandate Straßverfahren eingeleitet. Der Inhaber der hiesigen belagerten Kollner Fabrik, Wilhelm Schmidding, hatte alle Erbel in Bewegung gesetzt, um die Durchführung der Untersuchung unmöglich zu machen. Er brachte es sogar fertig, daß die Engländer die „Ausfuhr“ des bei ihm beschlagnahmten Beweismaterials nach Frankfurt verboten. Erst auf energisches Eintreten der Kriminalpolizei hin gaben die Engländer die Akten frei. Die Folge war, daß Schmidding nach Holland geflohen ist und sich damit in Sicherheit gebracht hat. Sein Rechtsanwalt hat eine Million Mark Kaution geboten, damit er nicht in Untersuchungshaft abgeführt wird. Die Staatsanwaltschaft hat das Angebot jedoch abgelehnt. Wie wir hören, handelt es sich bei Schmidding um viele Millionen Mark, um die er den Staat bei der Lieferung minderwertiger Munition betrogen bezw. geschädigt hat, um Summen, gegen die der Fall Heibelberger nur eine Bagatelle ist. Die Untersuchungen sind noch längst nicht abgeschlossen und für immer neue Skandale ans Tageslicht.

Höchst a. M., 30. März. Von der hiesigen Station konnte ein Güterzug nicht abgelassen werden, weil von einer Anzahl Wagen die Pufferstangen gekloppt waren.

Bad Homburg, v. d. H., 30. März. Die Kerkzucht des Oberamtskreises gibt bekannt, daß sie jeden Besuch fortan mit mindestens 12 Mark und jede Beratung in der Sprechstunde mit mindestens 10 Mark berechnet. Für sonstige Besuche, Sonntags- und Nachbesuche wird mindestens das doppelte bzw. das dreifache des einfachen Tages in Anrechnung gebracht.

Bad Homburg v. d. H., 28. März. Der Magistrat hat die Bezahlung der Generalstreiktag an die Postlandarbeiter abgelehnt. Oberbürgermeister Löhle begründete in der Stadtverordnetenversammlung den Standpunkt des Magistrats damit, daß die Arbeiter für ihre Überzeugung auch einmal ein Opfer bringen müßten.

Aus Ems und Umgebung.

Der Haus- und Grundbesitzerverein hält heute, abends 8 Uhr im Rheinischen Hof eine Versammlung ab. (E. Anzeiger).

Der Christliche Metallarbeiterverband hält heute, abends 8 Uhr im Röhlichen Saale seine diesjährige Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Sekretärs Hofer über das Betriebsrätegesetz und die Wahl des Vorstandes und der Vertrauensmänner.

Radspport. Beim Frühjahrsgautag des Bundes Deutscher Radfahrer in Neuf a. R., bei welchem auch der Radfahrer-Verein 09 Ems durch seinen Ehrenvorsitzenden J. Schmidt vertreten war, wurden unter anderem für die uniere Lahn und Westerwald speziell für Bad Ems wichtige Beschlüsse gefaßt. Der Unterfahrkreis nebst größeren Teilen des Westfalenlandes wurden zu einem Bezirk mit Westfalen Ems zusammen geschlossen. Zum Vorsitzenden dieses 2. Bezirkes, der noch weiter ausgebaut werden soll, wurde Herr J. Schmidt vom Radfahrer-Verein 09 einstimmig gewählt. Bei der Wahl eines 3. Gau-Saalreigen-Radwartes wurde dem Radfahrer-Verein 09 Bad Ems das Recht zugesprochen, aus seinen Reihen den Radwart zu bestimmen. Im weiteren wurde beschlossen, die Gau-Wanderfahrt am 2. Pfingsttag ins Nahntal zu unternehmen und dem Emser Verein einen Besuch abzustatten. Auch wurde beschlossen, daß der gesamte Gauverband, an der Spitze Oberstadt- und Finanzsekretär E. Hufschmidt (Machen) bei der Fernfahrt „Großer Strohenpreis von Bad Ems“ nach Bad Ems reisen soll.

Fußball. Im fälligen Verbandsspiel des Bahnbezirks trafen sich am vergangenen Sonntag auf dem Sportplatz in den Hohenzollernanlagen die 1. Mannschaften der Sportvereine Diez u. Ems 09. Die Emser Mannschaft spielte in der 1. Spielhälfte überlegen und konnte einen Vorprung von 2 Toren erzielen. Nach Halbzeit zeigte jedoch Diez einen der art frischen Angriffseifer, der bald den Sieg in Frage stellte. Es machte sich bei der Emser Mannschaft, die sich bei Halbzeit zu sehr verausgabte, eine Erschlaffung bemerkbar. Nur

